

PRESSEMITTEILUNG

Mehrheit will weiterhin konsequenten Klimaschutz, aber die Zustimmung nimmt ab

80 Prozent der Menschen in Deutschland machen sich Sorgen wegen des Klimawandels. 54 Prozent fordern mehr staatliche Ausgaben für den Klimaschutz und 56 Prozent wünschen sich weitere Maßnahmen in der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende. Das ist das Ergebnis der diesjährigen Befragung des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Transformation, eines Projekts der Bertelsmann Stiftung und des Forschungsinstituts für Nachhaltigkeit am GFZ (RIFS). Der Vergleich zu den Vorjahren zeigt aber auch: Die Zustimmung der Bevölkerung geht leicht zurück. Mögliche Gründe sind die wirtschaftliche Situation und finanzielle Belastungen sowie ein schwindendes Vertrauen in die Umsetzungskompetenz der Politik.

Gütersloh/Potsdam 13. August 2026. In Deutschland gibt es weiterhin eine Mehrheit für einen konsequenten Klimaschutz und die Energie-, Verkehrs- und Wärmewende. 54 Prozent fordern mehr staatliche Investitionen in Klimaschutz als bisher und etwa 56 Prozent verlangen weitere Maßnahmen in der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende. Allerdings ist die Besorgnis über den Klimawandel gesunken und auch die Zustimmung zu vielen Bereichen der Nachhaltigkeitstransformation wird brüchiger. Dies zeigt sich zum Beispiel bei der Energiewende: Vor fünf Jahren lag die Zustimmung noch bei 69 Prozent, vor drei Jahren waren es immerhin noch 65 Prozent, heute sind es 60 Prozent.

Sorge vor Auswirkungen der Klimapolitik auf die eigene finanzielle Situation

Ein wichtiger Grund für den schwächer werdenden Rückhalt für den Klimaschutz ist der Blick auf die wirtschaftliche Situation. Groß ist die Sorge vor den persönlichen finanziellen Auswirkungen in den nächsten fünf Jahren (53 Prozent). 39 Prozent der Bevölkerung fürchten vor dem Hintergrund der aktuellen Klimapolitik gesamtwirtschaftliche Wohlstandsverluste. Viele Menschen halten den Umstieg privater Haushalte auf klimafreundliche Technologien ohne staatliche Unterstützung für nicht machbar (79 Prozent). 41 Prozent derjenigen, für die ein klimaneutrales Heizsystem wie eine Wärmepumpe nicht infrage kommt, geben finanzielle Gründe als Hindernis an. Bei der energetischen Gebäudesanierung sind es 52 Prozent. Weitere 26 Prozent sehen keine Möglichkeit, sich in Zukunft umweltfreundlicher fortzubewegen. „Die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen hängt auch davon ab, dass die Bürger:innen sie als praktisch umsetzbar, wirtschaftlich sinnvoll und gerecht wahrnehmen. Daher brauchen wir eine Klimapolitik, die bezahlbare Alternativen, verlässliche Infrastruktur und Versorgungssicherheit bietet, gezielt fördert sowie die Lasten fair verteilt“, sagt Anne Meisiek, Studienautorin der Bertelsmann Stiftung.

Für die Mehrheit der Befragten schließen sich Wirtschaftswachstum und Klimaschutz grundsätzlich keinesfalls gegenseitig aus. 52 Prozent werten beide als relativ gleichrangige Ziele. Bereits jetzt sehen 44 Prozent Investitionen in Klimaschutz als Chance für die Wirtschaft – fast doppelt so viele wie diejenigen, die diesen Zusammenhang derzeit noch nicht erkennen (23 Prozent). „Die durchaus berechtigten Sorgen vor wirtschaftlichen Nachteilen und persönlicher Belastung sind ein Einfallstor für politische Erzählungen, die ambitionierten Klimaschutz ausbremsen wollen. Wer die Transformation jedoch als Sündenbock für wirtschaftliche Sorgen erscheinen lässt, vergibt nicht nur eine Chance – er verstärkt Zweifel an einem Wandel, der auf Zukunftsfähigkeit abzielt“, warnt Jean-Henri Huttarsch, Studienautor des RIFS.

Geringes Vertrauen in die Klimapolitik der Bundesregierung

Neben der befürchteten wirtschaftlichen Belastung erweist sich als echtes Handicap auch die Unfähigkeit, die Klimapolitik zu vermitteln. So erklären 56 Prozent der Bevölkerung, die Energiewende-Politik sei tendenziell unverständlich, 63 Prozent empfinden sie als bürgerfern. Das Vertrauen in die Klimapolitik der Bundesregierung ist dementsprechend gering. 55 Prozent geben an, ihnen fehle das Vertrauen, dass die Bundesregierung bei der Gestaltung des nachhaltigen Wandels im Interesse der Allgemeinheit handle. „Die Zustimmung zu den Klimaschutzzielen ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für den Erfolg der Transformation. Dauerhaft tragfähiger Klimaschutz gelingt nur, wenn politische Entscheidungen wissenschaftlich fundiert sind und Menschen glaubwürdig einbezogen werden. Andernfalls gerät selbst ein bestehendes gesellschaftliches Mandat für den Klimaschutz ins Wanken“, resümiert Benita Ebersbach, Studienautorin des RIFS. Dies zeigt sich beispielhaft beim Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität: Rund 85 Prozent der Bevölkerung fühlen sich schlecht informiert. Menschen, die sich nicht ausreichend informiert fühlen oder der Bundesregierung wenig Vertrauen entgegenbringen, bewerten die politischen Ziele des Sondervermögens kritischer. „Gerade bei komplexen Vorhaben wie der Investition der Mittel aus dem Sondervermögen kommt es nicht nur darauf an, Ziele und Maßnahmen nachvollziehbar zu vermitteln. Entscheidend ist vielmehr das Vertrauen darin, dass die bereitgestellten Mittel transparent, zweckgerecht und wirksam eingesetzt werden. Verlässlichkeit und Nachvollziehbarkeit bilden hierfür die entscheidende Grundlage“, sagt Luisa Schulze Marquarding, Studienautorin der Bertelsmann Stiftung.

Skepsis, aber keine fundamentale Abwehrhaltung

Die positive Nachricht ist, dass die in den vergangenen Jahren zurückgehende Unterstützung keineswegs gleichzusetzen ist mit einer fundamentalen Abwehrhaltung. 78 Prozent der Befragten unterstützen einen höheren Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromgewinnung, auch der Ausbau von Windenergie vor Ort wird mehrheitlich befürwortet. Rund ein Drittel der Gegner:innen von Windrädern könnte sich durch die Möglichkeit zur finanziellen Beteiligung am Ertrag aus Windstrom umstimmen lassen. Eine deutliche Mehrheit von etwa 59 Prozent sagt, es müsse jetzt in Klimaschutz investiert werden, um langfristig die Kosten zu senken.

Zusatzinformationen: Das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Transformation ist ein gemeinsames Projekt der Bertelsmann Stiftung und des Forschungsinstituts für Nachhaltigkeit am GFZ. Es basiert auf Vorarbeiten der Jahre 2021-2023 und ist als Panelstudie angelegt, d.h. es werden wiederholt dieselben Personen zu ihren Einstellungen, Sorgen und Erwartungen in Bezug auf den nachhaltigen Wandel befragt. Durchgeführt wird die Erhebung von forsa im forsa.omninet Panel. Als Grundgesamtheit der vorliegenden Studie gilt die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. Für die diesjährige Onlineerhebung wurden zwischen dem 23. März und 13. April 2026 6.566 Personen befragt.

Ansprechpartner:innen: Anne Meisiek, Telefon: (0 52 41) 81 81-539
E-Mail: anne.meisiek@bertelsmann-stiftung.de

Luisa Schulze Marquarding, Telefon: (0 52 41) 81 81-346
E-Mail: luisa.marquarding@bertelsmann-stiftung.de

Jean-Henri Huttarsch, Telefon: (03 31) 62 64 22-376
E-Mail: jean-henri.huttarsch@rifs-potsdam.de

Benita Ebersbach, Telefon: (03 31) 62 64 22-367
E-Mail: benita.ebersbach@rifs-potsdam.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Programme: Bildung und Next Generation, Demokratie und Zusammenhalt, Digitalisierung und Gemeinwohl, Europas Zukunft, Gesundheit, Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet. **Weitere Informationen:** www.bertelsmann-stiftung.de



Über das Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am GFZ: Am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am GFZ (Research Institute for Sustainability, RIFS) werden Entwicklungspfade für die globale Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft erforscht, aufgezeigt und unterstützt. Das Institut ist an das GFZ Helmholtz-Zentrum für Geoforschung angebunden und damit Teil der Helmholtz-Gemeinschaft.